Öffentliche Bekanntmachung Entwurf des neuen Wasserschutzgebietes Ostbevern

Die Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG (ehemals Stadtwerke ETO GmbH & Co. KG) betreibt zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung die Wassergewinnungsanlage Ostbevern auf dem Gebiet der Gemeinde Ostbevern.

Das derzeit gültige Wasserschutzgebiet aus dem Jahr 1996 gewährleistet in seiner Ausdehnung keine ausreichende Abgrenzung für die bewilligte Grundwasserentnahme. So werden die Einzugsgebiete der Brunnen 5 bis 7 nicht oder nur unvollständig durch das bestehende Wasserschutzgebiet abgedeckt. Zudem wurden für diese Brunnen bisher keine Wasserschutzzonen II und I ausgewiesen. Somit ist für einen flächendeckenden Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Ostbevern eine Neuausweisung des Wasserschutzgebietes erforderlich. Die Neuausweisung erfolgt durch eine Festsetzung des Kreises Warendorf – Untere Wasserbehörde - mit einer ordnungsbehördlichen Verordnung. Ziel der Festsetzung ist eine ausreichende und langfristige Versorgung der Menschen mit Trinkwasser in hoher Qualität.

Das Wasserschutzgebiet soll in die weitere Schutzzone (Zone III), die engere Schutzzone (Zone II) und den Fassungsbereich (Zone I) unterteilt werden.

1. Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich auf die Gemarkung
Ostbevern, Flure 32, 40, 41, 42, 48, 49, 50 und 51
jeweils ganz oder teilweise.
2. Die zu erlassende Verordnung beruht auf folgenden gesetzlichen Grundlagen:
 - 2.1 §§ 51 und 52 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) vom 31.07.2009 (BGBl. I, S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings vom 04.12.2018 (BGBl. I S. 2254, 2255).
 - 2.2 §§ 35, des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) vom 25.06.1995 (GV. NRW. S. 926/SGV. NRW 77), neu gefasst durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 559), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.07.2019 (GV. NRW. S. 341).
 - 2.3 §§ 27 und 29 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG -), Neubekanntmachung vom 13.05.1980 (GV.NRW. S. 528/SGV.NRW.2060), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes v. 18.12.2018 (GV. NRW. S. 741, 2019 S. 23).
3. Innerhalb der oben genannten Zonen sollen
 - 3.1 bestimmte Handlungen oder Maßnahmen verboten werden, wobei in besonderen Fällen von der zuständigen Bezirksregierung bzw. vom zuständigen Landrat als Untere Wasserbehörde Befreiungen erteilt werden können.
 - 3.2 bestimmte Handlungen oder Maßnahmen der Genehmigungspflicht durch die zuständige Bezirksregierung bzw. den zuständigen Landrat als Untere Wasserbehörde unterliegen.

Soweit diese Genehmigungspflichten bereits nach sonstigen wasserrechtlichen Vorschriften bestehen oder z. B. in gewerberechtlichen, bauaufsichtlichen, bergrechtlichen oder abfallrechtlichen Vorschriften enthalten sind, müssen die Genehmigungen den Gewässerschutz berücksichtigen. Zudem ist das Einvernehmen der jeweiligen Wasserbehörde erforderlich.

4. Gemäß § 113 LWG in Verbindung mit § 73 Abs. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) in der Fassung vom 12.11.1999 (GV. NRW. S. 602; SGV. NRW. 2010), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17.05.2018 (GV. NRW. S. 244), wird auf folgendes hingewiesen:
 - 4.1 Die Planunterlagen (Übersichtskarte, Schutzgebietskarte, Katasterkarte, Nachweise und Beschreibungen), aus denen sich die exakte Abgrenzung des festzusetzenden Wasserschutzgebietes und der einzelnen Zonen ergibt, ein Entwurf der vorgesehenen Wasserschutzgebietsverordnung mit Anlage 3 und ein Merkblatt zu den wichtigsten Rechts- und Verfahrensfragen liegen während eines Monats, und zwar in der Zeit vom

28. Oktober 2019 bis zum 28. November 2019

bei der Gemeindeverwaltung Ostbevern, Rathaus – Nebenstelle, Erbdrostenstraße 2, 48346 Ostbevern, Erdgeschoss, Fachbereich III „Planen und Bauen“, Raum 3

während der Dienststunden

Mo. - Fr.	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Mo. u. Di.	14.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Do.	14.00 Uhr bis 18.00 Uhr

zur Einsicht für jede Person aus.

Die Auslegungsunterlagen im pdf-Format können auch im Internet unter der Internetadresse/URL

www.kreis-warendorf.de/aktuelles/bekanntmachungen/

Wasserwirtschaft
Neuausweisung Wasserschutzgebiet Ostbevern

eingesehen werden.

- 4.2 Einwendungen gegen den Inhalt der vorgesehenen Verordnung kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, bis zwei Wochen nach dem Ende der Auslegungsfrist, also bis spätestens

12. Dezember 2019

- a) bei der Gemeinde Ostbevern,
- b) beim Kreis Warendorf, Waldenburger Straße 2 in 48231 Warendorf, Zimmer E 2.110

schriftlich oder zur Niederschrift erheben.

Die Einwendungen sollen in zweifacher Ausfertigung erhoben werden und den Namen, Vornamen sowie die genaue Anschrift des Einwenders und die Katasterangaben (Gemarkung, Flur, Flurstück) derjenigen Grundstücke enthalten, auf die sich die Einwendungen beziehen.

Außerdem sollte die Nutzungsart der Grundstücke angegeben werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

- 4.3 Über erhobene Einwendungen kann mündlich verhandelt werden. Für den Fall, dass über erhobene Einwendungen mündlich verhandelt wird, wird darauf hingewiesen,
- dass Einwender bzw. Betroffene rechtzeitig zum Termin geladen werden,
 - dass bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann und später vorgebrachte Anregungen und Bedenken unberücksichtigt bleiben können,
 - dass die Personen, die Anregungen und Bedenken vorgebracht haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind (§ 73 Abs. 5 Nr. 4 a) VwVfG NRW).
- 4.4 Es wird darauf hingewiesen, dass über die Festsetzung von Entschädigungen oder Ausgleichszahlungen nicht in diesem Wasserschutzgebietsverfahren, sondern gesondert nach dem Erlass der Wasserschutzgebietsverordnung entschieden wird. Entschädigungsansprüche können jedoch bereits jetzt angemeldet werden. Die Voraussetzungen für eventuelle Entschädigungen oder Ausgleichszahlungen können dem "Merkblatt für Beteiligte in Verfahren zur Festsetzung von Wasserschutzgebietsverfahren" entnommen werden.
5. Über Einwendungen, die erhoben und erörtert worden sind, kann abschließend nicht durch anfechtbare Verwaltungsakte entschieden werden, weil das Wasserschutzgebietsverfahren mit dem Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung abschließt und damit Teil eines **Rechtsetzungsverfahrens** ist.

Warendorf, den 14.10.2019
66.30.05-01 Nr.: 034172
Kreis Warendorf
Untere Wasserbehörde
Im Auftrag
gez. Norbert Knab